



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Mai/Juni 2023

Abrissbirne für das Gesundheitswesen?

Immer mehr Krankenhäuser rutschen in die roten Zahlen. Auch die Mühlenkreiskliniken vermuten für dieses Jahr ein Defizit von 20 Millionen Euro. Es sind unter anderem die gestiegenen Energiekosten, die den Krankenhäusern zu schaffen machen. Das ganze System der Fallpauschalen erwies sich bereits in der Corona-Pandemie als völlig ungeeignet, die stationäre medizinische Versorgung ausreichend zu finanzieren.

Wer nun aber hofft, die von Lauterbach angekündigten Veränderungen oder die NRW-Krankenhausreform könnten positive Veränderungen bringen, liegt völlig falsch. Beiden Konzeptionen geht es **vorrangig darum, die Anzahl der Kliniken und die Anzahl der Betten zu reduzieren**. Nur die Wege dorthin sind etwas unterschiedlich.

Die Vorschläge der Lauterbach-Kommission greifen die inzwischen nicht mehr zu überhörende Kritik an den Fallpauschalen (DRG) auf. Haben sie doch zu Bettenabbau, Klinikschließungen und einer radikalen Kostensenkung in den Krankenhäusern geführt. Der Zwang, Krankenhäuser wie Wirtschaftsunterneh-

men zu führen, hatte Schließungen „unrentabler“ Bereiche wie Kinderabteilungen zur Folge und die Ausweitung „rentabler“ aber nicht unbedingt notwendiger Operationen.

wesen soll eine Gewinnmaschine bleiben. Die Maßnahmen streben weniger, aber größere Gesundheitsfabriken an. Viele Krankenhäuser sind in ihrer Existenz gefährdet.



Foto: Eigenes Foto

Foto: Krankenhaus Rahden. Dieses Krankenhaus steht nun ganz oben auf der Streichliste. Was wird noch dazu gehören?

Angestrebt wird mit den Reformvorschlägen die „Ambulanzionierung“. Es werde einfach zu viel stationär behandelt. Doch gerade auf dem Lande wie bei uns im Kreis Minden-Lübbecke fehlen dafür schlicht alle Voraussetzungen.

Auch die Krankenhausplanung NRW will die Kosten des Krankenhauswesens senken.

Bis zum Jahr 2032 sollen ganze 18.400 Krankenhausbetten (=17,9 Prozent) abgebaut und fast 12 Prozent aller Fälle in Arztpraxen und Medizinische Versorgungszentren verlagert werden.

Die Probleme, dass die zunehmende Alterung der Gesellschaft eher mehr stationäre Betten erfordert, wird damit völlig übersehen. Die leidvollen Erfahrungen

Fortsetzung auf Seite 2



Foto: Eigenes Foto

Etwa 250 Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaften teil. Der Demonstrationzug machte einen Zwischenhalt am Mahnmal in der Tonhallenstraße und gedachte der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933. Die Namen der im Faschismus verhafteten Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten wurden verlesen.

Die freien Gewerkschaften hatten nach der Machtübergang an Hitler am 30. Januar ihre Mitglieder zur Ruhe aufgefordert und die Aufrufe der KPD zu einem Generalstreik als unverantwortlich zurückgewiesen. Doch dem NS-Regime standen die antifaschistischen Kräfte in allen Teilen der Arbeiterbewegung im Wege. Das Regime wollte die Gleichschaltung der Gesellschaft und die Vorbereitung ihres Eroberungskrieges durchsetzen.

Heute heißt es, alle Angriffe auf das Streikrecht zurückzuweisen. Die Gewerkschaften sind als wichtige Kraft für sozialen Fortschritt, Demokratie und für Frieden zu stärken!

1. Mai in Minden



Foto: Eigenes Foto

Fortsetzung von Seite 1

mit der Corona-Pandemie werden missachtet.

Notwendig ist anderes: ein Gesundheitswesen in öffentlicher Hand, ausreichend

nach Bedarf finanziert, mit gesetzlicher Personalbemessung und guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Dann gäbe es auch keinen Mangel an Pflegekräften.



Problematischer Experte

Der neugewählte Landrat Ali Dogan (SPD) setzt sein Wahlversprechen um, die Neubaupläne der Mühlenkreiskliniken (MKK) noch einmal zu überprüfen. Deren Finanzierbarkeit hatte er zu Recht infrage gestellt. Angesichts enorm anwachsender Baukosten, steigender Zinsen und weiter zunehmender Belastungen der Kommunen durch die Folgen von Wirtschaftskrieg und Aufrüstung werden die Voraussetzungen für die Umsetzung der Pläne weiter verschlechtert. Das nun verkündete Defizit der Mühlenkreiskliniken macht einen Strich durch die Rechnung.

So begrüßenswert diese Überprüfung ist, so problematisch ist die Wahl des Experten Prof. Dr. Boris Augurzky.

Dieser Experte ist dort zu finden, wo es um Bettenabbau und Klinikschließungen geht. So ist er u.a. Vorstandsvorsitzender der Stiftung Münch. Münch gründete die Rhön-Klinikum AG und ist Ehrenmit-

glied des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken. Welche Ziele seine Stiftung mit der „Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung in Deutschland“ verbindet, versteht sich von selbst. Die Privatisierung der Gesundheitsversorgung, ihr Umbau zu einem Gewinnbetrieb ermöglichte Aufstieg von Münch. Diese Stiftung erarbeitete einen Leitfadens, der eine Unterstützung für Lauterbachs Pläne darstellt.

Und in Lauterbachs Reform-Kommission saß wiederum Gesundheitsökonom Augurzky.

Mit seiner Beratungsfirma, dem Institute for Health Care Business (HCB), untersuchte Augurzky dann im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft die Folgen der geplanten Krankenhausreform, also seine eigenen Rezepte.

Was sich ergab, war erschreckend genug: Was heute noch flächendeckend erfolgt, wird künftig nur noch an 232 Standorten



geleistet werden. Über die Hälfte aller werdenden Mütter müssten sich dann einen neuen Standort für die Geburt suchen, d.h. die Hälfte aller Geburtsstationen soll verschwinden. Für andere Bereiche wie Kardiologie und Urologie gilt Ähnliches.

Gerade angesichts des Defizits der Mühlenkreiskliniken ist ein Ergebnis dieser Überprüfung zu erwarten, das einen noch massiveren Bettenabbau und noch weitere Wege in die nächste Klinik vorsieht als das bisherige Konzept. Wir werden genau hinschauen müssen, was uns damit zugemutet wird.



Inflation = Umverteilung

Die Preise für Energie und Lebensmittel steigen weiter. Für viele wird das Leben unbezahlbar. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die letzten Tarifabschlüsse konnten die Inflation in keiner Weise auffangen.

Die Erhöhung der Energiepreise begann bereits lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Sie schossen in die Höhe, als der Wirtschaftskrieg, die Welle der Sanktionen gegen die Russische Föderation begann. Und sie werden fortbestehen, weil das preiswerte russische Gas durch mehrfach teureres und mehrfach umweltschädlicheres Fracking-Gas aus den USA ersetzt wurde.

Die Inflation, also die Preissteigerung, ist

für große Konzerne das Mittel zur Gewinnsteigerung. Sie feiern Rekordgewinne. Besonders die Energiekonzerne, die großen international tätigen Getreidegi-

Jubelmeldungen in der Wirtschaftspresse:

So profitabel wie nie – Autohersteller erwirtschaften Rekordgewinne

Milliardengewinne BP im Ölräusch

Deutschlands größte Drogeriemarktkette macht mehr Gewinn denn je

Rezession? Ohne uns!

Thyssenkrupp verdreifacht operativen Gewinn – dank Stahl

Hier fehlen noch die Waffenfabrikanten, die Banken und und und

Wegen Energiekrise: Milliardengewinn für Stromkonzern RWE

Quelle: isw München

ganten, die Handelsketten und die Rüstungsindustrie.

Aus denen wiederum zweigen große US-

Investmentgesellschaften wie BlackRock ihre Profite für die wenigen Superreichen dieser Welt ab. Die 2.755 Milliardär*innen haben allein in der Corona-Pandemie von März 2020 bis November 2021 ihr Vermögen um 5 Billionen US-Dollar gesteigert, von 8,6 auf 13,8 Billionen. (OXFAM).

Bei uns in Deutschland konnten die 10 Reichsten in dieser Zeit ihr Vermögen von 144 auf 256 Milliarden US-Dollar steigern. Allein der Zuegewinn entspricht etwa dem Gesamtvermögen der unteren 40 Prozent, also von 33 Millionen Menschen in Deutschland.

Und diese gigantische Umverteilung von unten nach oben geht während des Ukraine-Krieges

Fortsetzung auf Seite 3

weiter. Die Rüstungsfirmen sind begeistert.

Auch der Staat profitiert von der Inflation. Die Steuereinnahmen sprudeln umso mehr. Das gilt besonders für die Mehrwertsteuer als der größten Einnahmequelle, die wir mit jedem Brot bezahlen.

Doch für Porsche-Fan Lindner (FDP) kommt eine Vermögenssteuer nicht infrage. Lieber wird die Kindergrundsicherung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben.

Aufrüstung hat Vorrang

Die Aufrüstung hat in Berlin absoluten Vorrang. Darin sind sich SPD/FDP/GRÜNE/CDU/CSU und die AfD einig.



Der Einmarsch in die Ukraine war nur die passende Gelegenheit, längst vorhandene Aufrüstungspläne endlich umzusetzen und als „Zeitenwende“ zu verkünden.

Scholz verkündete: „Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Das macht dann mindestens 80 Milliarden Euro, spätestens ab 2026. Bei 3 Prozent, wie es in der NATO diskutiert wird, wären es schon heute 115 Milliarden.

Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ sind Sonderschulden. Ein Trick, um die Schuldenbremse zu umgehen. Die gilt nur für Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima usw.

Wenn unsere Zukunft nicht unter die Räder kommen soll, muss dieser verhängnisvolle Kurs gestoppt werden! ★

Hälfte der Miete als Dividende

Höhere Mieten und die Übernahme der Deutschen Wohnen zahlten sich für Vonovia aus. Der Umsatz wuchs im Jahr 2022 auf 6,26 Milliarden Euro. Doch Vonovia wies einen Verlust von 669 Millionen aus.

Nach Berechnungen kritischer Mieteraktionär*innen hat Vonovia 2021/2022 etwa die Hälfte der Mieteinnahmen als Dividende an diese Investoren weitergegeben. BlackRock, der größte Verwalter der Vermögen der Reichsten dieser Welt, gehört dazu.

Dieses Geschäftsmodell funktioniert nun angesichts höherer Zinsen und eher stagnierender Immobilienpreise nicht mehr so gut.

Dividende trotz Verlust

Mitleid mit den Aktionären ist aber unangebracht. Sie erhalten trotz Verlust eine schöne Dividende, leider etwa auf insgesamt 680 Millionen Euro halbiert. Das soll eine Ausnahme sein. Im kommenden Jahr soll es wieder mehr werden.

Druck auf Mieter wächst

Die Mieter tragen die Folgen. Mehr denn je ist Vonovia nun auf steigende Mieten angewiesen. Der Neubau wurde gestoppt, die Wohnungsnot wird sich also verschärfen. Das ist schon mal gut für das Geschäft. Einige Wohnungen werden verkauft an einen US-„Investor“, um die Kreditwürdigkeit aufrecht zu erhalten und um das Geschäftsmodell fortsetzen zu können.

Das Geschäftsmodell von Vonovia & Co dient nur der Vermehrung des Reichtums der Reichen. Es gehört abgeschafft.

Wohnen ist ein Grundrecht. Diese Immobilienkonzerne sind zu enteignen und in eine gemeinwirtschaftliche oder gemeinnützige Trägerform zu überführen.

Notwendig sind ein **Mietenstopp** und die **Abschaffung der Modernisierungumlage**.

Das ist angesichts der angestrebten Umstellung auf erneuerbare Energien mehr als notwendig. Werden diese Kosten auch



Steigende Kreditzinsen sind ein Problem. Hat Vonovia doch steigende Mieten in steigende Buchpreise für seine Immobilien umgerechnet. Angenommene künftige Mietsteigerungen treiben das zusätzlich voran. Mit diesen aufgeblähten Immobilienwerten konnte Vonovia dann wiederum günstige Kredite bekommen, um wieder neue Wohnungen aufzukaufen. Doch die „Investoren“ wollen dafür auch Gewinne sehen.

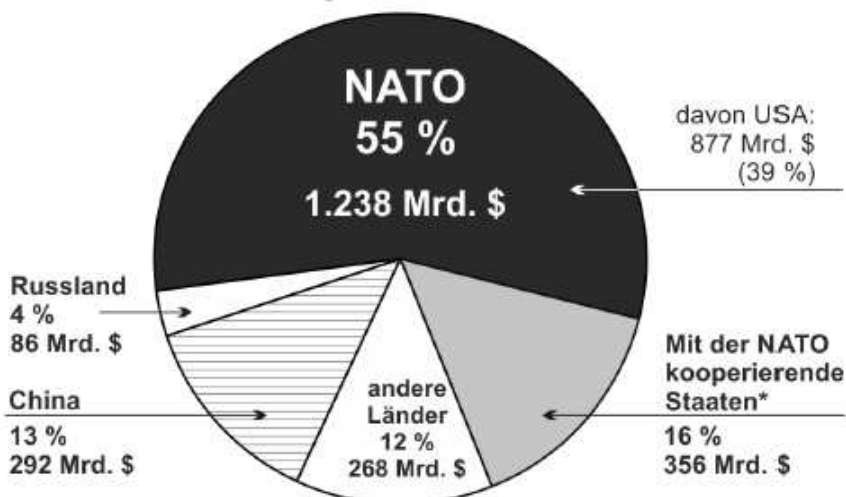


auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt, wird Wohnen für noch mehr Menschen nicht mehr bezahlbar werden.

Diskussionswürdig ist ein Vorschlag der Gewerkschaft IG BAU: Der Staat solle eine Sperrminorität bei diesen Konzernen erwerben, um Einfluss auf die Mietenpolitik nehmen zu können.

Die Organisation der Mieterinnen und Mieter wäre dann aber wohl auch erforderlich, um entsprechenden Druck auszuüben. ★

NATO im Rüstungswahn Welt-Militärausgaben 2022: 2.240 Mrd. Dollar



*NATO-Kooperationsstaaten stellen Truppen für NATO-Interventionen, beteiligen sich an Manövern, beherbergen US-Stützpunkte. Z.B. Japan, Südkorea, Australien, Israel, Schweden, Ukraine, Saudi-Arabien, Katar, Bahrein, VAR, Singapur, Thailand.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, April 2023

isw-grafik/mz

Die Waffen nieder!

Der Ukraine-Krieg dauert nun bereits über ein Jahr. Immer mehr Waffen strömen in das Kriegsgebiet.

Die Ukraine wird immer mehr zerstört, Die Zahl der Toten auf beiden Seiten ist unbekannt, aber hoch.

Hinter der Empörung über den Angriff Russlands auf die Ukraine drohen alle völkerrechtswidrigen Kriege des „Westens“ wie der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, wie die Kriege der USA in Afghanistan, gegen den Irak und Libyen vergessen gemacht zu werden.

Diese Kriege mit ihren Toten und den hinterlassenen Verwüstungen alle aufzuzählen ist hier gar nicht der Platz.

Ohne die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges zu beachten lassen sich keine Lösungen denken:

- Der achtjährige Bürgerkrieg der Kiewer Regierung gegen die russischsprachigen Landesteile mit seinen etwa 14.000 Toten,
- das Vorrücken der NATO an die Grenzen Russlands,
- die Kündigung fast aller Rüstungskontrollverträge durch die USA;
- die Missachtung aller Vorschläge Moskaus für gegenseitige Sicherheit und aller Warnungen Moskaus, gewisse rote Linien nicht zu überschreiten.
- Das Abkommen Minsk II sah Regelungen für eine Beendigung des Bürgerkrieges in der Ukraine vor.. Doch der damalige ukrainische Präsident Poroschenko, der französische Präsident Hollande und Frau Merkel versicherten inzwischen, dass dieser Vertrag nur unterzeichnet wurde, um der Ukraine Zeit zum Aufrüsten zu geben.
- Ein klarer Bruch des Völkerrechts. Denn der Vertrag war in der UN verabschiedet worden.
- In all den Jahren gab es immer wieder Warnungen vor möglichen Reaktionen Russlands, doch sie wurden missachtet.

Diplomatie statt Waffen!

Erst waren es Helme, dann Panzerhaubitzen, dann Flakpanzer (Gepard), anschließend Schützenpanzer (Marder) und schließlich Kampfpanzer (Leopard 2), die von hier in die Ukraine geschickt wurden. Bisher gab es mindestens 130 Milliarden Dollar an militärischer und finanzieller Unterstützung für Kiew. Nun gibt es Zusagen einiger Länder über die Lieferung von Kampfjets für die Ukraine. Geht es nach NATO, USA und Berlin, soll es so weitergehen.

Zerstörte Hoffnungen

Ein Ende des Krieges erschien schon im März /April letzten Jahres möglich. So sagte es u.a. der damalige israelische Ministerpräsident Bennett, der damals als Vermittler tätig war.

Doch die NATO intervenierte. Boris Johnson warnte vor weiteren Verhandlungen, stellte einen Sieg über Russland als möglich dar und sagte Waffenlieferungen zu. Das führte zum Ende der Verhandlungen.

Ausweg wird gefordert

Immer mehr Länder fordern eine Umkehr. Ganz aktiv sind dabei China, Brasilien, Südafrika und Indien. Die Länder Afrikas leiden an den Folgen der Sanktionen. Energie und Düngemittel sind entweder nicht vorhanden oder unerschwinglich geworden. Hunger droht. Auch wenn sie den Krieg verurteilen, sind sie Gegner der Sanktionspolitik. Und mit den Werten

des „Wertewestens“ haben sie ihre eigenen Erfahrungen gemacht.

Faktisch führt in der Ukraine eine NATO-Streitmacht Krieg, bedient von im Westen trainierten ukrainischen Soldaten. Die Kriegsstrategie und Zieldaten für Angriffe werden in enger Abstimmung mit den USA festgelegt.

Dieser Stellvertreterkrieg kann allzu leicht in einen offenen Krieg zwischen NATO und Russland übergehen. Dann droht ein Atomkrieg. Er wäre unser Ende. Deutschland wäre dann Schlachtfeld. ★



DKP Minden
dcp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden